

„Den Ast, auf dem wir sitzen...“

Die Bedeutung der EU für Industrie, Arbeit und Wertschöpfung

I. Zusammenfassung

Die Europäische Union (EU) spielt eine entscheidende Rolle für die deutsche Wirtschaft in ihrer Transformationsphase. Angesichts der globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Digitalisierung und der demografischen Veränderungen bietet die EU einen stabilen Rahmen, der Unternehmen den Handel erleichtert, Innovation fördert und die Zusammenarbeit in einem politisch stabilen Umfeld stärkt.

Als einer der größten Exporteure der Welt profitiert Deutschland in besonderem Maße von dem offenen Binnenmarkt und der Zollunion innerhalb der EU, denn sie erleichtern den Handel mit anderen Mitgliedsstaaten und stärken die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Weit vor China, den USA und anderen Staaten ist der Europäische Binnenmarkt der größte Abnehmer deutscher Produkte. Ohne ihn stünden mehr als die Hälfte aller deutschen Exporte auf dem Spiel – und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Ein von wenigen nationalistischen politischen und gesellschaftlichen Strömungen diskutierter Austritt Deutschlands aus der EU – ein sogenannter Dexit – hätte erhebliche Folgen: Er würde Wachstum und die Stabilität der deutschen Wirtschaft zerstören, viele Arbeitsplätze in Deutschland gefährden und wäre der sicherste Weg zu einer Deindustrialisierung Deutschlands.

II. Chancen und Herausforderungen

Von den 27 Mitgliedstaaten der EU bilden 20 Staaten eine Währungs- und Wirtschaftsunion, den „Euroraum“. Damit ist die EU der weltweit drittgrößte Wirtschaftsraum, hinter den USA und China. Allein dies zeigt, dass die Mitgliedsländer gemeinsam einen starken Hebel haben, um die Weltwirtschaft zu beeinflussen. Ein einzelnes Land wie Deutschland könnte diese Wirkung nicht entfalten.

Die deutsche Wirtschaft ist eng mit der EU verflochten, und der europäische Staatenbund bietet für Unternehmen in Deutschland große Chancen, aber auch einige Herausforderungen.

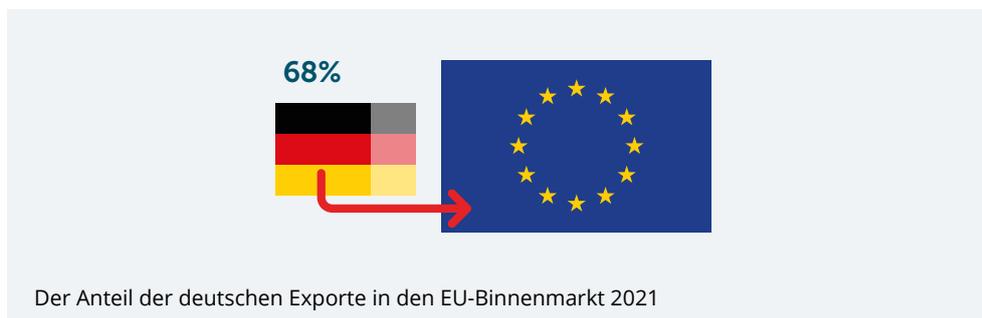


Quelle: Verband der Chemischen Industrie e.V., VCI Nord, 2021/22

Wirtschaftliche Integration und Handel

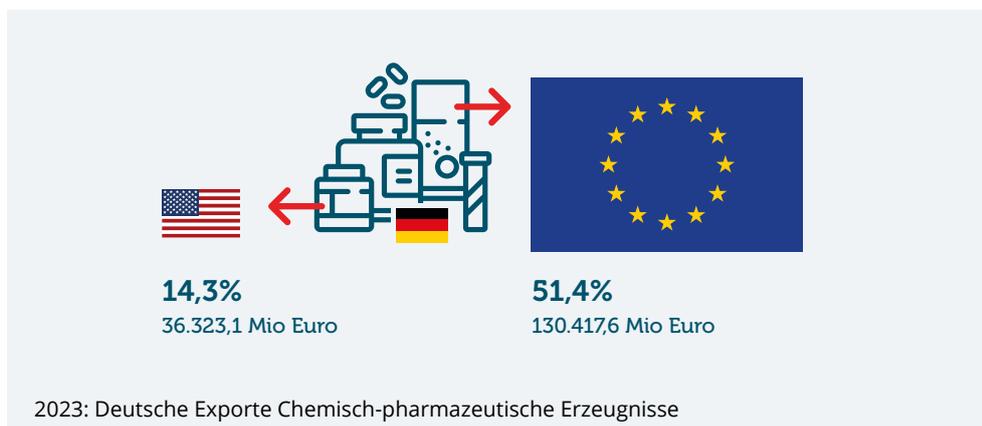
Durch den gemeinsamen Binnenmarkt und die Zollunion innerhalb der EU sind Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsstaaten weitgehend abgebaut. Dies erleichtert den Handel und fördert den Export deutscher Produkte und Dienstleistungen.

Rund **zwei Drittel der gesamten deutschen Exporte werden in EU-Mitgliedsstaaten geliefert** (68% in 2021). Mit Frankreich, den Niederlanden und Polen befinden sich drei europäische Partnerländer unter den wichtigsten fünf Exportländern deutscher Unternehmen.



Quelle: „Fakten zum deutschen Außenhandel“, Bundesministerium für Wirtschaft und Klima, Juli 2022

Für die Chemieindustrie gilt dies ebenso. Laut Verband der Chemischen Industrie (VCI) werden mehr als die Hälfte der deutschen Chemieexporte in die EU exportiert, weitere 13% in andere europäische Länder. Die wichtigsten Ziel-länder sind dabei die Niederlande, Frankreich und Italien. Bilateral ist nur der Export in die USA wichtiger (14%).



Quelle: „Chemiewirtschaft in Zahlen“, VCI, Oktober 2023

Auch bei den Importen spielt die EU eine wichtige Rolle für Deutschland. Eine beträchtliche Anzahl der importierten Waren und Dienstleistungen stammt aus anderen EU-Ländern. Auch hier sind die Niederlande, Polen und Italien unter den weltweit fünf wichtigsten Handelspartnern.

Förderung und Investitionen

Die Mitgliedsstaaten der EU zahlen Beiträge und Abführungen (beispielsweise aus Importzöllen) an die EU und erhalten im Gegenzug Finanzmittel aus Förderungen und Umverteilungen. Der Saldo aus EU-bezogenen Ausgaben und Einnahmen ist in Deutschland negativ. Als größter Nettozahler leistet Deutschland einen wesentlichen Beitrag zum EU-Haushalt. 2022 waren dies 16,7 Milliarden EUR, oder pro Kopf 237 EUR. Bezogen auf die Wirtschaftskraft waren es 0,5% des BIP.

Demgegenüber stehen große Vorteile, die Deutschland von der Mitgliedschaft in der EU hat. Mit verschiedenen Programmen, Fonds und Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Innovation unterstützt die EU die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands: Einerseits direkt durch Förderung in Deutschland, aber auch indirekt durch Investitionen in andere EU-Länder. Dortige verbesserte Wirtschaftskraft kommt dem Handelspartner Deutschland ebenfalls zugute. Mit gemeinsamen Regelungen und Regulierungen gewährleistet die EU einen fairen und funktionierenden Binnenmarkt und zielt darauf ab, die europäischen Klimaziele zu erreichen. Dies erfordert von deutschen Unternehmen jedoch auch Anpassungen an neue Regulierungen, Standards und Wettbewerbsbedingungen, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirken können.

Am Beispiel der Chemikalienrichtlinie „REACH“ wird dies deutlich: Der EU-Markt ist für die globale Chemieindustrie so wichtig, dass die Richtlinie globale Standards für Umwelt und Gesundheit in der Chemikalienproduktion gesetzt hat. Damit werden Beschäftigte, aber auch die allgemeine Bevölkerung geschützt. Gleichzeitig sind manche Anforderungen zur Dokumentation für kleine und mittelständische Unternehmen nur schwer umzusetzen. Dies erfordert eine kontinuierliche Begleitung europäischer Politik um frühzeitig auf Fehlentwicklungen einwirken zu können.

Beschäftigung

Auch die deutsche Bevölkerung profitiert von der sogenannten Freizügigkeit innerhalb der EU. Dieses Grundprinzip ermöglicht es EU-Bürger*innen, ohne bürokratische Hürden in jedem EU-Land zu arbeiten, zu studieren und dauerhaft zu leben. Das trägt zu einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt bei.

Deutschland ist auf qualifizierte Arbeitskräfte aus EU-Ländern angewiesen, um offene Stellen zu besetzen. Von den rund 7 Millionen Beschäftigten der deutschen Industrie kamen 2023 fast eine halbe Million aus anderen EU-Ländern. Ein Austritt aus der EU würde für diese Gruppe der Beschäftigten viele neue Hürden und Probleme mit sich bringen – oder sie, wie im Fall des Brexits, dazu bringen in ein anderes EU-Land abzuwandern. Der Brexit hat außerdem gezeigt, dass ein EU-Austritt keinesfalls die Einwanderung reduziert: Wegen Arbeitskräftemangel wurden hier die Einwanderungshürden für alle gesenkt.



Nettozahler und Nettoempfänger in der EU | Europa | bpb.de



IGBCE-Büro in Brüssel eröffnet!

Der deutsche Arbeitsmarkt ist stark vom Exportgeschäft abhängig. Nach Schätzungen des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel hängt etwa jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export ab. Dies schließt direkte Beschäftigte in exportorientierten Unternehmen und indirekte Beschäftigte in Zulieferbetrieben und Dienstleistungsunternehmen ein, die wiederum von Exporten abhängig sind.

Wird der freie Handel mit anderen Mitgliedsstaaten gestört, sind viele deutsche Arbeitsplätze in Gefahr. Würde Deutschland durch einen Austritt aus der EU den Binnenmarkt verlassen, wäre dies für das deutsche Wirtschaftsmodell, für die exportorientierte Industrie eine Katastrophe. Und es wäre der sicherste Weg hin zu einer Deindustrialisierung.

Was macht die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE?

Als gemeinnützige Stiftung machen wir Forschung an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit, Transformation und Guter Arbeit immer aus der Perspektive und im Sinne der Beschäftigten. Im Schwerpunkt *Transformation der Industrie, Energie-, Klima- und Strukturpolitik* beschäftigen wir uns mit den notwendigen Rahmenbedingungen für eine Industriepolitik der Zukunft.



**JETZT ZUM
NEWSLETTER
ANMELDEN!**

